

Schweiz

Firmen nehmen Lohngleichheit kaum ernst

sf

Schweizer Gesetze müssen befolgt werden. Nicht so wichtig scheint dies, wenn es um die Lohngleichheit geht. Erhebungen zeigen: Frauen verdienen für gleiche Arbeit immer noch weniger als ihre männlichen Kollegen. Unternehmen haben noch bis 2014 Zeit, die mangelnde Transparenz in ihrer Lohnpolitik nachzuholen.

Zum heutigen Internationalen Frauentag und gestrigen **Equal Pay Day** werden Rufe für mehr Gleichberechtigung in der Arbeitswelt laut.

Zur Lohndiskriminierung nennt Equal Pay Day – eine **überparteiliche Allianz** von Frauen aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften – konkrete Zahlen: Der durchschnittliche Lohnunterschied zwischen Frau und Mann sind 18,4 Prozent. In Berufen mit Hochschulabschluss sind es gar rund 25 Prozent.

Arbeitgeber versus Arbeitnehmer

Im Gespräch mit «SF Online» interpretieren zwei Vertreterinnen von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite diese Zahlen diametral verschieden. Für Christina Werder sind solche Unterschiede in der heutigen Zeit inakzeptabel. Sie ist als Zentralsekretärin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund zuständig für die Gleichstellungspolitik.

Ruth Derrer, Geschäftsleitungsmitglied des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, relativiert den Warnruf. «Lediglich 8 Prozent der Lohnungleichheit sind nicht erklärbar und damit diskriminierend. Die restlichen 10 Prozent sind erklärbar.» Erklärbar mit einer durchschnittlich schlechteren Ausbildung der Frauen in älteren Generationen. Von diesen Frauen hätten nur 20 % einen Hochschulabschluss, aber dies sei jetzt im Wandel begriffen.

Firmen ignorieren Gesetz

Seit über 30 Jahren sind Schweizer Unternehmen verfassungsrechtlich verpflichtet, die **Lohngleichheit** zwischen Frauen und Männern einzuhalten. Zum Eintrag in der Bundesverfassung 1981 existiert seit 1996 zusätzlich das Gleichstellungsgesetz.

Diese Pflicht haben Schweizer Firmen offenbar ignoriert, was das Bundesamt für Justiz 2009 zum Handeln bewegte. Mit einem «Lohngleichheitsdialog» – in Zusammenarbeit mit den Dachverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer – sollten Firmen motiviert werden, ihre Löhne auf freiwilliger Basis zu evaluieren und diskriminierende Ungleichheiten zu beseitigen. Sie haben sich dafür 5 Jahre Zeit genommen. Danach drohen staatliche Massnahmen.

Die Zwischenbilanz ist ernüchternd: Bisher haben sich lediglich **20 Schweizer Unternehmen** der Selbstkontrolle unterzogen und den Lohngleichheitsdialog erfolgreich abgeschlossen. Das sind höchstens 0,2 Prozent aller Firmen mit über **50 Mitarbeitern**. Laut Ruth Derrer wären es total über 1000 solche Unternehmen.

Die Kontrolle von 1000 Firmen ist eine Monsteraufgabe, weil diese auf allgemeine Aufrufe kaum reagieren. «Es schaut mehr heraus, wenn wir die Unternehmen direkt anschreiben», erklärt Derrer vom Arbeitgeberverband.

«Löhne sind Arbeitgebersache»

Durch diesen direkten Austausch erfahre sie, dass Firmen ihre Löhne sehr wohl kontrollierten. «Viele Firmen wissen, wo sie stehen. Sie machen einen Lohnvergleich, aber mit einem anderen System. Wenn sie mir glaubhaft machen können, dass sie die Löhne mit der eigenen Gleichstellungskommission angeschaut haben, dann erfüllen sie für mich die Bedingungen.»

«Löhne sind Arbeitgebersache», hört Derrer häufig von Firmenchefs und fügt an, dass es in der Schweiz keinen Zwang für Firmen gebe, mit den Gewerkschaften zu sprechen.

Doch für viele Firmen scheint der Dialog unbedeutend. «Grosse Firmen, besonders solche in der Exportbranche haben zur Zeit andere Sorgen, als am Lohngleichheitsdialog mitzumachen», erklärt Derrer und drückt ihr Verständnis dafür aus. Sie habe das selbst erlebt, als sie im Personalwesen tätig gewesen sei.

Konzept der Freiwilligkeit

Für Ruth Werder vom Schweizerisch Gewerkschaftsbund ist klar: «Das Konzept der Freiwilligkeit funktioniert nicht. Wenn sich bis 2014 zu wenig Firmen dem Dialog anschliessen, muss das Gesetz verschärft werden.» Denn das Parlament sei schliesslich verantwortlich dafür, dass Gesetze eingehalten werden. Sie schlägt deshalb etwa die Schaffung einer neuen Behörde vor. Lohninspektoren, welche die Löhne in Firmen zwangshalber überprüfen könnten.

Zwang kommt bei der Arbeitgebervertreterin Derrer schlecht an. «Wenn innerorts Tempo 50 ist, dann montieren wir nicht in jedem Auto eine Geschwindigkeitskontrolle, sondern stellen einzelne Blitzkästen auf.» Also Stichkontrollen. Der Bund führe solche regelmässig durch, erklärt sie.

Stichkontrollen betreffen allerdings nur den Bereich der öffentlichen Beschaffungswesen des Bundes. Das Bundesgesetz hält fest, dass nur diejenigen Unternehmen vom Bund einen Auftrag erhalten, welche die Lohngleichheit gewährleisten.

Kein Geld für Stichproben

Aber auch diese wurden nicht konsequent umgesetzt. Es gibt jährlich lediglich 3 bis 5 Kontrollen wie das EGB auf Anfrage mitteilt. Konkret wurden 2010 vier Unternehmen kontrolliert, bei insgesamt 377 vergebenen Aufträgen. Dies entspricht einem Prozent.

Gemäss den SP-Frauen fehlt dem EGB das Geld für mehr Stichproben. Damit für Kontrollen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, reicht die Waadtländer SP-Nationalrätin Cesla Amarelle nächst Woche eine Interpellation ein. So hofft die SP, dass die Kontrolle um die Lohngleichheit wenigstens etwas an Fahrt bekommt.